
	<p style="text-align: center;">Lotto Thüringen 198/26 – Beschaffung von Hardware-Sicherheitsmodulen mit Wartungsvertrag und Implementierungsunterstützung A.0_Aufforderung zur Angebotsabgabe Offenes Verfahren gem. § 15 VgV</p>	
---	---	---

Vertraulichkeitsvereinbarung

zwischen der **Thüringer Staatslotterie Anstalt des öffentlichen Rechts**,
vertreten durch den Geschäftsführer, Herrn Jochen Staschewski,
Fröhliche-Mann-Straße 3b, 98528 Suhl, Deutschland,

im Folgenden „Auftraggeber“ genannt

und

im Folgenden „Auftragnehmer“ genannt,

beide Vertragsparteien nachfolgend gemeinsam auch „die Parteien“ und einzeln „Partei“ oder „Empfänger der vertraulichen Informationen“ genannt.

Sofern nachfolgend die männliche Sprachform verwendet wird, handelt es sich um das generische Maskulinum und spricht gleichermaßen männliche, weibliche und diverse Personen an.

Der Auftragnehmer hat den Zuschlag zur europaweiten Ausschreibung von neuen Hardware-Sicherheitsmodulen mit Wartungsvertrag und Implementierungsunterstützung erhalten (Vergabe-Nr.: 198/26) erhalten. Auf dieser Basis schließen die Parteien einen entsprechenden Vertrag ab. Im Rahmen der vertraglichen Zusammenarbeit tauschen die Parteien vertrauliche Informationen, Daten, Unterlagen und / oder sonstige nicht allgemein zugängliche Informationen aus. Hierbei handelt es sich insbesondere um nicht personenbezogene Spieldaten, die mit Hilfe der Hardware-Sicherheitsmodule verschlüsselt werden.

Hierüber wird Folgendes vereinbart:

1. Die im Zusammenhang mit der Ausführung des Vertragsverhältnisses mündlich oder schriftlich bereitgestellten Informationen verkörpern das von der jeweiligen Partei erarbeitete Know-how und ihre Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse im Sinne von § 2 Ziffer 1 des Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht ausschließlich: Informationen über das Wett- und Spielgeschäft, Vertragsinhalte sowie die strategische, geschäftliche und technische Ausrichtung. Diese Unterlagen und Informationen haben daher einen erheblichen Wert, der schutzbedürftig ist. Die Parteien erkennen dies an und ihnen ist bekannt, dass bei einem Verstoß gegen die Bestimmungen dieser Vereinbarung erheblicher Schaden entstehen kann.
2. Vertrauliche Informationen im Sinne dieser Vereinbarung sind - neben den unter Ziffer 1. genannten Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen - auch alle sonstigen Informationen (unabhängig von der Verbreitungsform oder dem vermittelnden Datenträger, insbesondere aktualisierende und ergänzende Informationen sowie alle Informationen und schriftlichen oder elektronischen Dokumente), die (a) eine Partei der anderen im Rahmen der vertraglichen Ausführung

überlässt oder von dieser entwickelt wurden oder auf Geheiß dieser Partei von Dritten überlassen wurden und (b) die Partei ausdrücklich als vertraulich oder geheimhaltungsbedürftig bezeichnet, besonders kennzeichnet oder deren Vertraulichkeit sich aus ihrem Gegenstand oder sonstigen Umständen ergibt. Vertrauliche Informationen im Sinne dieser Vereinbarung sind insbesondere Informationen über die Geschäftstätigkeit, Arbeitsabläufe, Produkte/Dienstleistungen, Projektideen, Produktgestaltung in technischer und ästhetischer (Design) Hinsicht, Produktions- und Verarbeitungsmethoden, sonstiges Know-how oder Erfindungen.

3. Die Parteien werden alle geeigneten und erforderlichen Vorkehrungen treffen, um die Vertraulichkeit der vertraulichen Informationen sicherzustellen. Hierzu gehören auch technische und organisatorische Maßnahmen zur Einhaltung von Datensicherheit. Insbesondere werden die Parteien vertrauliche Informationen, vorbehaltlich nachstehender Regelungen, nicht an eigene Mitarbeiter oder Dritte weitergeben und vor Einsichtnahme durch unbefugte Dritte schützen und nicht für andere Zwecke als für die Beteiligung am zuvor genannten Ausschreibungsverfahren bzw. für die Durchführung der vertraglichen Zwecke nutzen („Vertraulichkeitspflicht“ bezogen auf die Informationen). Die Parteien setzen sich von jedem Zugang unberechtigter Mitarbeiter oder Dritter zu den ihnen vorliegenden vertraulichen Informationen schriftlich oder in Textform in Kenntnis.
4. Die Parteien sind berechtigt, die vertraulichen Informationen ihren Mitarbeitern oder Mitarbeitern von mit ihnen gesellschaftsrechtlich verbundenen Unternehmen und Niederlassungen sowie den für die Ausführung der vertraglichen Leistungen benannten Unterauftragnehmern, nur soweit offen zu legen, wie diese im Rahmen der vertraglichen Zusammenarbeit hiervon Kenntnis nehmen müssen („Vertraulichkeitspflicht“ bezogen auf die Mitarbeiter oder benannte Unterauftragnehmer). Jede Partei übernimmt es, die beteiligten Mitarbeiter und Unterauftragnehmer auf die Einhaltung der Geheimhaltungspflicht schriftlich (oder in Textform mit elektronischer Signatur) zu verpflichten soweit diese Personen nicht bereits durch schriftliche Erklärung bzw. auf Grund ihres Berufsstandes zur Geheimhaltung verpflichtet sind.
5. Sofern es im Rahmen der Vertragsausführung im Einzelfall erforderlich wird, vertrauliche Informationen an Personen, die nicht unter Ziffer 4. fallen (Dritte), weiterzugeben, werden die Parteien hierzu vorher das ausdrückliche Einverständnis der jeweils anderen Partei in Textform einholen und mit dem Dritten entsprechende schriftliche (oder in Textform mit elektronischer Signatur) Vereinbarungen treffen und dokumentieren (dazu gehören die Namen der Personen, denen die vertraulichen Informationen offen gelegt wurden, Datum und Umfang und ggf. Begründung der Offenlegung – „Dokumentationspflicht“), um die Einhaltung der Bestimmungen dieser Vereinbarung sicherzustellen und die Auflistung der anderen Partei unverzüglich nach Weitergabe übergeben.
6. Die Vertragsparteien organisieren den Austausch vertraulicher Informationen und personenbezogener Daten über ein zentrales, über das Internet erreichbares und sicheres Portal (beispielsweise „SecureHub“, derzeit vom Auftraggeber genutzt). Das vom Auftraggeber genutzte Portal wird durch diesen zur kostenfreien Nutzung zur Verfügung gestellt. Der Datenaustausch hat grundsätzlich über diese Plattform zu erfolgen, ein Austausch von vertraulichen Informationen und/oder personenbezogenen Daten über nicht ausreichend gesicherte Verbindungen wie unverschlüsselte E-Mails oder ähnliches ist unzulässig. Die Nutzung eines anderen Übertragungsweges, der über ein vergleichbares gleichwertiges Schutzniveau (in der zum Zeitpunkt

des Austausches aktuellsten Softwareversion) verfügt, ist nach vorheriger Prüfung und Zustimmung durch den Auftraggeber gestattet.

7. Die Parteien werden auf Verlangen vertrauliche Unterlagen einschließlich aller davon gefertigten Kopien bei Beendigung des Vertragsverhältnisses, an die jeweils andere Partei zurückgeben oder nach Wahl der anderen Partei vernichten; entsprechendes gilt auch für elektronische Kopien. Diese sind so zu löschen, dass sie nicht wiederherstellbar sind. Auf Verlangen ist ein geeigneter Nachweis darüber zu erbringen, dass sämtliche Unterlagen zurückgegeben bzw. vernichtet und elektronische Kopien endgültig gelöscht wurden. Zurückbehaltungsrechte können nicht geltend gemacht werden.
8. Verstößt eine Partei gegen die Geheimhaltungspflicht und hat sie diese Pflichtverletzung zu vertreten, wird eine Vertragsstrafe fällig. Die Höhe der Vertragsstrafe ist begrenzt auf einen Höchstbetrag von Euro 5.000 pro Fall der Zuwiderhandlung und auf Euro 50.000 insgesamt. Soweit die erwarteten jährlichen Vertragsvolumina die maximale Haftungsgrenze unterschreiten, beträgt die Vertragsstrafe maximal 10 % des Auftragswertes pro Jahr. Den Parteien bleibt der Nachweis eines geringeren bzw. höheren Schadens (tatsächlichen Schadens) unbenommen. Die betroffene Partei trägt die Darlegungs- und Beweislast dafür, dass die andere Partei die Geheimhaltungspflicht verletzt hat. Die fällige Vertragsstrafe wird auf darüber hinaus evtl. bestehende Schadensersatzansprüche angerechnet, soweit kein tatsächlicher Schaden geltend gemacht wird.
9. Die Parteien erkennen außerdem an, dass eine Verletzung der Vertraulichkeitspflicht auch urheberrechtliche und strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann.
10. Dieser Vertrag regelt die Geheimhaltungsverpflichtung vollständig. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit nach dieser Vereinbarung bleibt auch nach der Beendigung der Zusammenarbeit für die Dauer von maximal 10 Jahren bestehen. Sie entfällt, wenn eine der Parteien schriftlich (oder in Textform mit zumindest fortgeschrittener elektronischer Signatur) die Zustimmung zur Verwendung oder Weitergabe der vertraulichen Informationen erteilt hat bzw. die Löschung sämtlicher erhaltener vertraulicher Informationen oder deren Anonymisierung nachgewiesen wird.
11. Mit dieser Vereinbarung werden keine Rechte - insbesondere keinerlei Verwertungs- und sonstige Nutzungsrechte – übertragen, und zwar weder ausdrücklich noch stillschweigend.
12. Keine vertraulichen Informationen im Sinne dieser Vereinbarung sind Informationen, die
 - a) eine der Parteien ohne Verpflichtung zur Vertraulichkeit zum Zeitpunkt der Überlassung bereits besessen hat,
 - b) zu dem vorstehend genannten Zeitpunkt bereits öffentlich zugänglich sind oder später veröffentlicht werden, ohne dass dies auf einer Verletzung dieser Vereinbarung beruht,
 - c) von einer Partei unabhängig von der anderen Partei selbst entwickelt wurden,
 - d) einer Partei ohne Verpflichtung zur Vertraulichkeit rechtmäßig von Dritten übermittelt wurden oder
 - e) eine Partei aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder eines in Deutschland anzuerkennenden rechtskräftigen Urteils eines Gerichtes oder durch eine vollziehbare behördliche Entscheidung einer deutschen Behörde dazu verpflichtet, zu offenbaren oder herauszugeben, so-

- fern die jeweils andere Partei unverzüglich nach Kenntnis der Herausgabe- oder Offenlegungspflicht schriftlich oder in Textform in Kenntnis gesetzt und bei der Reduzierung oder Abwehr der Herausgabe- oder Offenlegungsverpflichtung unterstützt wurde oder
- f) eine Partei durch schriftliche (oder in Textform mit zumindest fortgeschrittener elektronischer Signatur) Erklärung ausdrücklich freigegeben hat.

Den Empfänger der vertraulichen Informationen trifft in diesen Fällen die Beweislast dafür, dass diese Ausnahmetatbestände vorliegen.

13. Die Parteien werden sich jeweils unverzüglich nach Kenntniserlangung eines tatsächlichen oder drohenden unbefugten Gebrauchs oder einer Offenlegung von vertraulichen Informationen unterrichten und alle angemessenen Maßnahmen ergreifen, um einen solchen unbefugten Gebrauch oder eine Offenlegung zu verhindern oder zu beenden.
14. Diese Vereinbarung unterliegt deutschem Recht mit Ausschluss des internationalen Privatrechts. Gerichtsstand ist Suhl.
15. Für diese Vereinbarung einschließlich aller Ergänzungen, Änderungen und der Aufhebung dieser Vereinbarung gilt die Schriftform. Das Schriftformerfordernis gilt auch für die Aufhebung vorstehender Schriftformvereinbarung.
16. Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so soll die Gültigkeit der Vereinbarung im Übrigen hiervon nicht berührt werden. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen soll eine Regelung treten, die im Rahmen des rechtlich Möglichen dem Willen der Parteien am nächsten kommt.
17. Eine bei Durchführung der Vereinbarung sich ergebende ergänzungsbedürftige Lücke soll durch eine Regelung ausgefüllt werden, welche die Parteien unter Berücksichtigung ihrer mit der Vereinbarung verfolgten Zielsetzung vereinbart hätten, wenn sie sich der Regelungslücke bei Vertragsschluss bewusst gewesen wären.

Suhl, _____
Datum

_____, _____
Ort Datum

Jochen Staschewski
Thüringer Staatslotterie
Anstalt des öffentlichen Rechts

Unterschrift(en) gesetzlicher Vertreter
Auftragnehmer